

Assistenzärzte

Klage über hohe Arbeitsbelastung

Mehr als 70 Prozent der Ärztinnen und Ärzte arbeiten während der Weiterbildung trotz Tarifvertrag mindestens 45 Stunden pro Woche. Bei fast der Hälfte werden die Überstunden nicht angemessen dokumentiert. Das hat eine repräsentative Umfrage des Hartmannbundes unter 1.258 Weiterzubildenden ergeben, die der Verband Ende April



Bei fast der Hälfte der Ärztinnen und Ärzte werden die Überstunden während der Weiterbildung nicht angemessen dokumentiert.

Foto: contrastwerkstatt/stock.adobe.com

vorgestellt hat. Die hohe Arbeitsbelastung habe zur Folge, dass 36 Prozent der jungen Ärztinnen und Ärzte über einen Berufswechsel nachdenken, während fast 56 Prozent eine Teilzeitstelle anstrebten, heißt es dort.

Darüber hinaus beklagten die Befragten den hohen ökonomischen Druck auf die Einrichtungen des Gesundheitswesens. 47 Prozent gaben an, diesen bei der täglichen Arbeit zu spüren. Mehr als 60 Prozent erklärten, sie hätten nur „manchmal bis nie“ ausreichend Zeit für ihre Patienten. Die vordringliche Ausrichtung an wirtschaftlichen Kriterien gefährde zudem die Qualität der ärztlichen Weiterbildung, kritisierte der Hartmannbund. Dies könne sich langfristig negativ auf die Versorgungsqualität auswirken.

Ein weiterer Schwerpunkt der Umfrage betraf die Digitalisierung. Dabei gaben rund 60 Prozent der Befragten an, dass an ihren Arbeitsplätzen Mehrfachdokumentationen an der Tagesordnung seien. Eine elektronische Patientenakte ist demnach bei der Hälfte der Befragten nicht vollständig vorhanden. HK

Innovationspreis

KV Nordrhein ausgezeichnet

Das Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung hat vier herausragende Modelle ambulanter Versorgung mit dem Titel „Ausgezeichnete Gesundheit 2021“ prämiert.

In der Sparte „Versorgung vernetzt“ ging die „Landpartie“ der KV Nordrhein als Sieger hervor. Ziel der Landpartie ist es, an der Niederlassung interessierte Ärztinnen und Ärzte mit Landärztinnen und Landärzten zusammenzubringen und für die Arbeit auf dem Land zu werben. Dazu lädt die KV Nordrhein Ärztinnen und Ärzte für ein Wochenende in eine ländliche Region Nordrheins ein. Unter www.ausgezeichnete-gesundheit.de sind alle diesjährigen Projekte sowie ein Rückblick auf das Jahr 2019 zu finden. KVNO

74. Deutscher Ärztetag in Mainz

Sozialisierung – Modenschau – Besichtigungen

Ausführlich berichtet das *Rheinische Ärzteblatt (RÄ)* in seiner Ausgabe vom 8. Juni 1971 vom 74. Deutschen Ärztetag in Mainz, der ein „über eine Woche sich hinziehendes Mammutprogramm an Sitzungen des Plenums“ zu bewältigen hatte. Da am letzten Tag das Plenum

nicht mehr beschlussfähig war, mussten die Beratungen vorzeitig abgebrochen werden. Dennoch ging von dem Ärztetag ein Signal der Geschlossenheit aus.

„Die von Kritikern des Berufsstandes erhoffte ‚große Auseinandersetzung‘ innerhalb der deutschen Ärzteschaft ist ausgeblieben“, schrieb das RÄ. Die gesellschaftliche Aufbruchstimmung Anfang der 1970er-Jahre ging auch an der Ärzteschaft nicht spurlos vorüber.

Dennoch waren sich die Delegierten weitgehend einig, dass die „Sozialisierung des Arztes“ verhindert werden müsse. Allerdings gebe es auch aus der Politik keine diesbezüglichen Bestrebungen, beschwichtigte der damalige Präsident der Bundesärztekammer, Professor Dr. Ernst Fromm. Er plädierte für die Beruhigung dieser Diskussion und lenkte den Blick auf Sachthemen wie beispielsweise die Prävention oder das zunehmende Problem der Drogenabhängigkeit in Deutschland. Das Rahmenprogramm des damaligen Ärztetages bot eine Modenschau, zahlreiche Besichtigungen und einen Galaball.

Das Düsseldorfer Arbeits- und Sozialministerium hatte dem zunehmenden „Rauschgiftproblem einen offenen Kampf angesagt“, wie in der gleichen Ausgabe des RÄ berichtet wurde. Vor

allem die Beobachtung, dass „mehr und mehr Jugendliche auf ‚harte Drogen‘ wie LSD und Heroin umwechselten“, veranlasste das Ministerium, „durchgreifende Maßnahmen“ anzukündigen. Geplant waren ein Aufklärungsprogramm für Eltern und Lehrer, Beratungsstellen für Süchtige und der Aufbau von Suchtbehandlungsschwerpunkten in den Landeskrankenhäusern. Zur gleichen Zeit bildete sich in Oberhausen eine „Aktionsgemeinschaft der Ärzte gegen Drogenmissbrauch“, die Aufklärungsarbeit plante. Die *RÄ-Ausgabe* vom 23. Juni 1971 berichtet von einem 19-jährigen Mann, der während eines Krankenhausaufenthalts wegen Rauschgiftsuchts an einer Überdosis starb. Die Staatsanwaltschaft ermittelte, wie der Mann in der Klinik an die Drogen gekommen war. bre

RÄ VOR
50 JAHREN